0Modul 2 / blauer Ameisenordner

**Niederlassung und Aufenthalt der Schweizer/innen**

1. Die Niederlassungsfreiheit wird in der Bundesverfassung (Art. 24 der BV) geregelt und lautet wie folgt:

„Schweizerinnen und Schweizer haben das Recht, sich an jedem Ort des Landes niederzulassen. Sie haben das Recht, die Schweiz zu verlassen oder in die Schweiz einzureisen“.

1. Welches sind die Hauptmerkmale des Hauptwohnsitzes?

Absicht des dauernden Verbleibens

 Pflegt den Lebensmittelpunkt an diesem Ort und ist für Dritte erkennbar.

1. Kann man mehrere Hauptwohnsitze haben?

Nein.

1. Was hinterlegt man in diesem Fall bei der Gemeinde?

Heimatschein.

1. Was erhält man als Bestätigung?

Unbefristete Meldebestätigung.

1. **Aufenthalt** hat, wer bloss vorübergehend oder zu einem Sonderzweck in einer Gemeinde anwesend ist. Aufenthalt ist jede Art eines meldepflich-tigen Verweilens an einem Ort, der nicht als Niederlassung zu qualifizieren ist. Nebenwohnsitz hat eine Person, die mindestens 3 aufeinander folgende Monate oder drei Monate innerhalb eines Jahres in einer Gemeinde anwesend ist. Eine Person kann **mehrere Nebenwohnsitze** begründen. Für den Nebenwohnsitz hinterlegt man einen **Heimatausweis**. Ein Meldeschein dient als Hinterlegungsbeweis und ist im Gegensatz zum Schriftenempfangsschein nicht unbefristet, sondern befristet.

Welche Aufenthaltsformen können das sein?

Wochenaufenthalt

Gesundheitliche Institution

Studienaufenthalt

Arbeitsaufenthalt

Straf- und Massnahmevollzug

1. Der zivilrechtliche Wohnsitz einer Person befindet sich an dem Ort, wo sie

sich mit der Absicht des dauernden Verbleibens aufhält.

Als Wohnsitz der Kinder unter elterlicher Sorge gilt der Wohnsitz der

Eltern oder, wenn die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, der Wohnsitz des Elternteils, unter dessen Obhut das Kind steht.

Verbeiständete Personen haben ihren Wohnsitz am Sitz der

KESB (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

1. Wer bildet die Datenzentrale der Gemeinde?

 Die Einwohnerkontrolle. Sie führt das Einwohnerregister, das

als Grundlage für die übrigen Verwaltungsstellen dient.

 Wer in einer Gemeinde zu-, um- oder wegzieht, hat das innert 14Tagen bei der zuständigen Einwohnerkontrolle zu melden.

 Logisgeber sind meldepflichtig.

 Leiter von Kollektivhaushaltungen der Kategorien: Alters- und Pflege-heime, Wohnungen und Heime für Kinder und Jugendliche, Internate, Institutionen für behinderte melden quartalsweise die Bewohner.

 Leiter von Kollektivhaushaltungen der Kategorien: Spitäler, psychiatrische Langzeitpflege, Straf- und Massnahmevollzug, Asylunterkünfte melden per Stichtag 31.12. ihre Bewohner.

1. Was ist ein Heimatschein und wo wird er hinterlegt?

Der Heimatschein dient zur Begründung des Hauptwohnsitzes in der Schweiz. Er wird von dem für den Heimatort zuständigen Zivilstandsamt ausgestellt. Er bezeugt, dass der Inhaber das Bürgerrecht der entsprechenden Gemeinde besitzt. Der heimatschein ist bei der Einwohnerkontrolle der Hauptwohnsitzgemeinde zu hinterlegen.

1. Was ist eine Meldebestätigung für den Hauptwohnsitz und wie lange ist diese gültig?

Eine Bestätigung, dass der Heimatschein ordentlich hinterlegt wurde. Sie ist unbefristet.

1. Was ist ein Heimatausweis und wer stellt diesen aus?

Wenn sich eine Person vorübergehend in einer anderen Gemeinde auf-hält, hat sie Anspruch auf einen Heimatausweis. Mit dem Heimatausweis erklärt die Hauptwohnsitzgemeinde, dass der Heimatschein bei ihr hinterlegt ist. Der Heimatausweis ist auf die Dauer des Aufenthalts befristet, längstens jedoch 5 Jahre. Ausnahme bei Altersheimen, diese werden unbefristet ausgestellt.

1. Was ist eine Meldebestätigung für den Nebenwohnsitz und wie lange ist diese gültig?

Befristete Bestätigung für die Hinterlegung des Heimatausweises.

Ausländerwesen

Die Rechte aller Nicht-EU/EFTA-Staaten (sogenannte **Drittstaaten**) sind im **Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16.12.2005 (AuG)** geregelt.

Im Rahmen der bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz ist unter anderem das **Personenfreizügigkeitsabkommen** am 01.06.2002 in Kraft getreten. Das Freizügigkeitsabkommen (FZA) wird schrittweise eingeführt und beinhaltet seither die Rechte über Aufenthalt und Niederlassung der **EU-/EFTA-Staatsangehörigen.**

**Die 28 EU-Mitglied-Staaten**

Belgien, Dänemark, Deuschalnd, Bulgarien Estland, Finnland, Frankreich, Lettland, Litauen, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Kroatien, Malta, Niederlande, Oesterreich, Polen, Portugal, Rumänien Slowakische Republik, Slowenien, Schweden, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

**EFTA-Staaten** (*European Free Trade Association)*: Fürstentum Liechtenstein, Island, Norwegen, Schweiz



**Bilaterale Abkommen**

Im Sommer 1999 haben die EU und die Schweiz 7 bilaterale Abkommen unterzeichnet, darunter auch das Abkommen über den freien Personenver-kehr. Dieses Abkommen ist seit dem 01.06.2002 in Kraft. Es wurde infolge der EU-Erweiterung durch ein Protokoll ergänzt, welches per 01.04.2006 die schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit mit den 10 neuen EU-Staaten regelt. Das Protokoll II zur Ausdehnung des FZA auf Rumänien trat per 01.06.2009 in Kraft.

Durch das FZA und dessen Protokolle werden die Lebens- und Arbeitsbe-dingungen für EU/EFTA-Staaten vereinfacht, z.B. durch gegenseitige Anerkennung von Berufsdiplomen, durch das Recht auf den Erwerb von Immobilien und die Koordination der Sozialversicherungssysteme.

Bewilligungsarten

**Kurzaufenthaltsbewilligungen (L)**

**Drittstaaten**

Dauer von 6 bis max. 18 Monate für Au-pair, Stagiaires, Studienaufenthalte.

Stellenwechsel ist grundsätzlich nicht erlaubt, eine Verlängerung ist nicht möglich.

**EU-EFTA**

Die Kurzaufenthaltsbewilligung ist für Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag unter einem Jahr oder an Dienstleistungserbringer. Sofern ein neuer Arbeitsvertrag vorgelegt wird, kann diese erneuert werden. Inhaber der Kurzaufenthaltsbewilligung haben Anspruch auf Familiennachzug.

**Jahresaufenthaltsbewilligungen B**

**Drittstaaten**

Bewilligung für 1 Jahr, die bei gleichbleibenden Verhältnissen verlängert werden kann. Ein Stellenwechsel ist nicht mehr bewilligungspflichtig, jedoch ein Wohnsitzwechsel in einen anderen Kanton.

**EU-EFTA**

Die Bewilligung ist für 5 Jahre gültig und kann verlängert bzw. in eine Niederlassungsbewilligung geändert werden. Bei unbefristeten Arbeitsverträgen. Bei Erwerbslosigkeit muss die Solvenz vorliegen, bei unsicheren Verhältnissen wird die Bewilligung nur für 2 Jahre ausgestellt.

**Niederlassungsbewilligung**

**Drittstatten**

Ausländer erhalten nach einem ununterbrochenen Aufenthalt von 5 bzw. 10 Jahren die unbefristete Niederlassungsbewilligung. Berufs- und Stellenwechsel sind nicht bewilligungspflichtig. Aber auch hier ist der Kantonswechsel bewilligungspflichtig. Selbständigkeit ist erlaubt. Kontrollfrist von 5 Jahren.

**EU-EFTA**

Sie ist von unbeschränkter Dauer und an keine Bedingung gebunden. Die EU-Staatsangehörigen erhalten grundsätzlich die Niederlassungsbewilligung nach einem Aufenthalt von 5 Jahren. Die Kontrollfrist wird alle 5 Jahre verlängert.

**Kurzaufenthaltsbewilligung K**

Bewilligung für die Dauer von max. 4 Monaten innerhalb eines Kalenderjahres. Die Ausländer erhalten keinen Ausländerausweis und werden nicht von der Einwohnerkontrolle erfasst.

**Grenzgänger G**

Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz. Vor der Aufnahme der Erwerbstätig-keit muss der Arbeitgeber beim Amt für Migration und Integration eine Bewilligung beantragen.

**Asylsuchende N**

Asylbewerber, die um Anerkennung der Flüchtlingseigenschaften und Gewährung des Asyls nachsuchen. Asyl kann bei Botschaft oder an einer der vier Empfangsstellen in Basel, Chiasso, Kreuzlingen, Genf beantragt werden

**Vorläufige Aufnahme**

Zeitlich befristete Ersatzmassnahme für den undurchführbaren Vollzug einer Entfernungsmassnahme. Kommt nur in Betracht, wenn der Vollzug eines rechtskräftigen Wegweisungs- oder Ausweisungsentscheids nicht möglich oder zumutbar ist.

**Besuchsaufenthalt**

Jeder Ausländer darf sich bis zu drei Monaten innerhalb eines halben Jahres nach der Einreise als Tourist in der Schweiz aufhalten. Visumspflichtige Staatsangehörige müssen vorgängig ein Visum beantragen.

**Familiennachzug**

**Drittstaaten**

Jahresaufenthalter und Niedergelassene könnten unter bestimmten Voraussetzungen und auf Antrag ihre Familienangehörigen nachziehen.

Schweizer haben Rechtsanspruch auf Familiennachzug ausländischer Ehepartner. Niedergelassene haben ein Recht auf Nachzug des Ehepartners und Kinder bis zum 18. Altersjahr. Anspruchnahme innerhalb von 5 Jahren ab Bewilligungserteilung oder Entstehung des Familienverhältnisses. Kinder über 12 Jahre müssen innerhalb von 12 Monaten nachgezogen werden.

**EU-/EFTA**

EU-Angehörige mit Niederlassungs- Aufenthalts oder Kurzaufenthaltsbe-willigung können begleitet werden von seinem Ehegatten oder eingetragener Partner und Nachkommen, die jünger als 21 Jahre sind. Oder von den Eltern oder Schwiegereltern, sofern der Unterhalt gewährt wird.

**Meldevorschriften bei den Ausländern**

Beim Zuzug aus dem Ausland muss der Ausländer ein gültiges Visum oder die Zusicherung der Aufenthaltsbewilligung vorweisen. Das Amt für Migration und Integration regelt den Aufenthalt und stellt den Ausländerausweis aus.

Die Anmeldung hat innert 14 Tagen persönlich bei der Einwohnerkontrolle zu erfolgen. Sämtliche Dokumente sind der Behörde vorzulegen. Nach der Aufenthaltsregelung erhält der Ausländer den Ausländerausweis.

Die Abmeldung hat ebenfalls innert 14 Tagen zu erfolgen. Beim definitiven Wegzug in Ausland hat der Ausländer die def. Wegzugserklärung zu unterschreiben und den Ausländerausweis abzugeben.

**Aufenthaltsunterbrechung**

Hält sich ein Ausländer länger als 6 Monate im Ausland auf, erlischt grundsätzlich seine Bewilligung.

**Erlöschen einer Bewilligung**

Folgende Gründe führen zu einer Erlöschung der Bewilligung:

Ablauf der Gültigkeit

Erteilung einer Bewilligung in einem anderen Kanton

Abmeldung

Tatsächliche Aufgabe des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz

Ausweisung durch das Bundesamt für Polizei

**Aufrechterhalten**

Auf Gesuch hin kann die Niederlassungsbewilligung während vier Jahren aufrechterhalten werden. Das Gesuch ist vor Ausreise beim Amt für Migration und Integration zu stellen. Gründe sind Militärdienst, Berufstätigkeit, Studium etc.